

Protokoll zur 6. Sitzung des Landesbeirates zur Teilhabe von Menschen mit Behinderungen

Datum: 13.05.2019

Ort: Landeshaus, Konferenzsaal

Teilnehmende: Alexandra Arnold, Thomas Bartels, Fritz Bremer, Prof. Dr. Ulrich Hase, Silke Haß, Markus Haß, Janine Kolbig, Matthias Krasa, Niels Luithardt, Kerstin Scheinert, Karl-Heinz Schröder, Marit Schröder, Tanja Speck, Hans-Peter Worringen, Gerold Gülzow, Jens Handler, Sonja Steinbach, André Delor, Barbara Carstensen

Besucher: Reinhard Vossgrau, Martina Scheel

Protokoll: Jens Handler

Tagesordnungspunkt 1: Begrüßung und Beginn

Herr Hase begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Die Tagesordnung wird vorgestellt und angenommen.

Tagesordnungspunkt 2. Vorstellung eines Verbandes

In dieser Sitzung stellt sich kein Verband vor. Matthias Krasa kündigt an, den Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter e.V. (BSK), Landesvertretung S-H auf der nächsten Sitzung vorzustellen.

Tagesordnungspunkt 3. Gesetzesentwurf der Landesbauordnung

Herr Homfeldt berichtet über den aktuellen Gesetzesentwurf zur Landesbauordnung.

Bericht:

Die Veränderung der Landesbauordnung betrifft die Barrierefreiheit öffentlich zugänglicher Gebäude. Der §52 LBO Schleswig-Holstein regelt die Barrierefreiheit der Zugänge und Räume in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen der Leistungserbringer. Die DIN18040 schreibt einen gleichberechtigten Zugang zur physischen Umwelt, zu Transportmitteln, Information und Kommunikation vor.

Herr Homfeldt erklärt, dass in der sogenannten Hamburger Erklärung bereits zusätzliche Forderungen an die Politik gestellt werden. Diese Forderungen umfassen zum Beispiel mehr Verpflichtungen zur Barrierefreiheit bei öffentlichen Gebäuden und ein sogenanntes Design-for-all. Die Hamburger Erklärung ist als Dokument im Anhang zu finden.

Der Landesbeauftragte möchte in einer Stellungnahme an die Hamburger Erklärung anschließen. In dieser werde er die Verpflichtung zu einem Barrierefrei-Gutachten fordern. Ein solches Konzept würde eine Hinweispflicht zur Barrierefreiheit während der Bauphase einführen und somit überprüfbar machen.

Der Landesbeauftragte führt als Beispiel das Bundesland Hessen auf, wo ein entsprechendes Gesetz bereits existiert.

Ergebnisse der Diskussionsrunde und Handlungsbedarfe:

1. Der Landesbeauftragte wird eine Stellungnahme zur LBO verfassen und dem Landesbeirat zu schicken.
2. Der Landesbeirat fasst einstimmig den Beschluss, eine eigene Erklärung abzugeben. In dieser fordert der Landesbeirat ein Barrierefrei-Gutachten. Der Landesbeauftragte bereitet die Erklärung vor.
3. Es soll geprüft werden, ob § 52 LBO den diversen Bedarfen unterschiedlicher Behinderungsbilder gerecht werden kann.

Tagesordnungspunkt 4: Grundsätzliches Zur Gesamtplanung

Frau Hegger stellt das Gesamtplanverfahren vor. Die Präsentation hierzu befindet sich im Anhang des Protokolls.

Ergebnisse der Diskussionsrunde und Handlungsbedarfe:

1. Herr Braun fragt Frau Haffke von der Kosoz für den 11.11.2019 an, um die Formulare für die zukünftige Erstberatung, Bedarfserfassung und Erstellung eines Gesamtplans/ Teilhabepans im Beirat vorzustellen.

Tagesordnungspunkt 5: Bericht des LB zur zukünftigen Informationsbereitstellung

Der Landesbeauftragte berichtet, dass eine eigene Website des Landesbeirates die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen übersteigt. Er weist auf die vorhandene Rubrik „Beirat“ auf der Seite des LB hin, auf der Einladung, Protokolle und allgemeine Informationen verfügbar sind. Als mögliche Diskussionsplattformen schlägt er eine Gruppe der Interessierten bei Whatsapp, Facebook oder einem vergleichbaren Dienst vor.

Ergebnisse der Diskussionsrunde und Handlungsbedarfe:

Auf der Internetseite des Landesbeauftragten wird unter der Rubrik „Beirat“ der Punkt „Beschlüsse und Erklärungen“ hinzugefügt.

Tagesordnungspunkt 6: Aktuelles zum Landesrahmenvertrag

Frau Hegger berichtet, dass eine fertige Fassung des Landesrahmenvertrages vorliegt und voraussichtlich von allen Beteiligten unterschrieben wird. Das Verfahren dauert vermutlich noch bis Ende Juni.

Die zweite Verhandlungsphase beginnt gerade und wird bis Ende 2019 andauern.

Ein Schwerpunkt der Sitzung am 26.08.2019 soll der Landesrahmenvertrag sein. Hierzu werden weitere Verbände eingeladen.

Tagesordnungspunkt 7: Bericht des LB zu der Entwicklung der LAG nach § 2 Teilhabestärkungsgesetz

Der Landesbeauftragte berichtet, dass sich das Vorbereitungsgremium bereits zwei Mal getroffen hat. Dabei wurde gemeinsam eine Geschäftsordnung entwickelt und mögliche Themenbereiche wurden identifiziert. Ein Diskussionspunkt war, welche und wie viele Verbände zukünftig in der Landesarbeitsgemeinschaft vertreten sind. Vorgesehen sind 6 Verbände der Menschen mit Behinderung. Der Landesbeauftragte fordert die Beteiligung von 12 Verbänden der Menschen mit Behinderung.

Tagesordnungspunkt 8: Verschiedenes

1. Frau Hegger weist auf den Workshop zum Thema Weiterentwicklung der vollstationären Wohnformen hin. Dieser findet am Mittwoch, den 22.05.2019 von 13.00-17.00 Uhr im Konferenzsaal des Landeshauses statt.
2. Der Landesbeauftragte berichtet von der AG Menschen mit hohen Unterstützungsbedarfen. Diese plant einen weiteren Besuch, diesmal im St.Antoniushaus.
3. Der Landesbeauftragte berichtet, welche Verfahren im Landtag derzeit die Belange von Menschen mit Behinderung betreffen.
 - a. Sozialausschuss: Der Landesbeauftragte wurde zum Thema „bürgerfreundliche und verständliche Sprache“ angehört.
 - b. Finanzausschuss: Anhörung des Landesbeauftragten zum Thema Öffnung gesetzlicher Krankenkassen für Beamte. Dadurch können schwerbehinderte Beamte profitieren.
 - c. Der Landesbeauftragte berichtet vom aktuellen Stand des Barrierefreiheits-Fonds. Die erste Antragsrunde endet bald. Die nächste Antragsrunde läuft bis September und gilt dann für das Jahr 2020.
4. Der Landesbeauftragte äußert die spontane Idee ein Empowerment-Konzept zu entwickeln. Das Konzept soll Menschen mit Behinderungen im Gesamtplanverfahren befähigen, eigene Interessen besser vertreten zu können. Die Idee soll weiter verfolgt werden.
5. Bei der nächsten Sitzung am 26.8 sind zwei Vorträge eingeplant:
 - a. Bericht der Staatskanzlei zur Barrierefreiheit zu den Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit
 - b. Bericht der Landesmedienanstalt zur Barrierefreiheit im FernsehenAufgrund des Umfanges wird der Beginn der nächsten Sitzung **für 15.00 Uhr statt 16.00 Uhr** angesetzt.
6. Frau Speck spricht sich für die Wiederaufnahme eines Projektes zur Verbreitung des persönlichen Budgets aus. Förderungsdauer nach Möglichkeit mindestens 24 Monate, da 12 Monate zu knapp bemessen seien.
7. Herr Bartels berichtet vom Fachtag des Landespräventionsrates, der letzten Woche stattgefunden hat.